



Die „Umweltgruppe Wiedensahl“ macht ihren Protest am Tor der Sonderabfalldeponie deutlich.

FOTO: BEHRENS

# Ministerium will erst mit allen reden

Eine für die 33. Kalenderwoche anvisierte Vertragsunterzeichnung zur SAD wird es nicht geben

Von Heidi Reckleben-Meyer

**Rehburg-Loccum.** Der Rehburg-Loccumer Stadtrat hatte in seiner jüngsten Sitzung mit zwei Gegenstimmen der FDP entschieden, einen Vertrag mit dem Land Niedersachsen über die Langzeit-Sicherung der Sonderabfalldeponie (SAD) Münchehagen abzuschließen. Dieser Vertrag soll nach Auffassung der drei Anrainerkommunen, Stadt Rehburg-Loccum, Stadt Petershagen und Samtgemeinde

Konstellation, noch mit diesem Niedersächsischen Umweltminister einen Vertrag zu schließen. Die Kommunen haben sich im Vorfeld unter Hinzuziehung eines Fachanwaltes auf einen Entwurf einer Vereinbarung verständigt und diesen dem Land vorgeschlagen. Weil es aus dem Umweltministerium ein zustimmendes Signal zum Vertragsentwurf gegeben hatte, sollte dieser Vertrag möglichst bald unterschrieben werden. Die Rede ist von der 33. Kalenderwoche.

des Ministers nach seinem Sommerurlaub.

## Nur ein Terminwunsch?

Auf HARKE-Nachfrage sagte Franke gestern, dass der anvisierte Termin, 33. Kalenderwoche, lediglich ein Wunsch seinerseits gewesen wäre. Er hätte sich gut vorstellen können, dass Umweltminister Olaf Lies eine Vertragsunterzeichnung im Rahmen seiner Sommertour hätte einbauen können. Franke machte gestern deutlich, dass der Termin

Sollte nicht in allen Kommunen bis dahin die abschließende Ratsentscheidung vorliegen, würde die Vereinbarung ggf. unter einen entsprechenden Vorbehalt gestellt.“ Auf dieser Grundlage hatte der Stadtrat seine Entscheidung gefällt.

Die Bürgerinitiativen „Umweltgruppe Wiedensahl“ und „Stopp den Giftmüll! – Wir wehren uns“ aus Petershagen hatten sich ans Umweltministerium mit einem Fragenkatalog gewandt. Die Fragen zielen ab auf Laufzeiten möglicher Vereinbarungen der Rückverbringungen

gegeben, so Meinhard Behrens für die „Umweltgruppe Wiedensahl“, dass es einen Gesprächstermin mit dem Umweltminister geben könne.

Dieter Hüsemann, einstiger Verwaltungschef in Rehburg-Loccum, begrüßt dieses Vorgehen. Er sehe darin Schritte, die im Sinne des einstigen Mediationsverfahrens alle Seiten vor einer Entscheidung in den Blick nähmen. „Bevor man eine 30-jährige Bindung eingeht, sollten alle gehört, alle technischen Möglichkeiten geprüft werden, und letztlich eine Abwägung dieser

# Ministerium will erst mit allen reden

Die Harke 10.08.2022

## Eine für die 33. Kalenderwoche anvisierte Vertragsunterzeichnung zur SAD wird es nicht geben

Von Heidi Reckleben-Meyer

**Rehburg-Loccum.** Der Rehburg-Loccumer Stadtrat hatte in seiner jüngsten Sitzung mit zwei Gegenstimmen der FDP entschieden, einen Vertrag mit dem Land Niedersachsen über die Langzeit-Sicherung der Sonderabfalldeponie (SAD) Mönchshagen abzuschließen. Dieser Vertrag soll nach Auffassung der drei Anrainerkommunen, Stadt Rehburg-Loccum, Stadt Petershagen und Samtgemeinde Niedernwöhren, sowie der Anwohnergemeinschaft auf 30 Jahre geschlossen werden. In Rehburg-Loccum war eigens für eine möglichst schnelle Handlungsfähigkeit der Tagesordnungspunkt zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Feuerwehrwesen nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt worden.

### Vertrag nicht unterschriftsreif

Stadtbürgermeister Martin Franke hält es für eine besonders günstige

Konstellation, noch mit diesem Niedersächsischen Umweltminister einen Vertrag zu schließen. Die Kommunen haben sich im Vorfeld unter Hinzuziehung eines Fachanwaltes auf einen Entwurf einer Vereinbarung verständigt und diesen dem Land vorgeschlagen. Weil es aus dem Umweltministerium ein zustimmendes Signal zum Vertragsentwurf gegeben hatte, sollte dieser Vertrag möglichst bald unterschrieben werden. Die Rede ist von der 33. Kalenderwoche.

„Dieser Termin findet definitiv nicht statt“, hieß es dazu von der stellvertretenden Pressesprecherin Stefanie Gaffron aus dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz. Der Vertrag sei nicht unterschriftsreif. Minister Olaf Lies möchte vorab in den Dialog mit allen Beteiligten, auch mit den Bürgerinitiativen, treten. „Dieser Dialog-Prozess hat heute bereits begonnen“, so die Pressesprecherin am Montag, dem ersten Arbeitstag

des Ministers nach seinem Sommerurlaub.

### Nur ein Terminwunsch?

Auf HARKE-Nachfrage sagte Franke gestern, dass der anvisierte Termin, 33. Kalenderwoche, lediglich ein Wunsch seinerseits gewesen wäre. Er hätte sich gut vorstellen können, dass Umweltminister Olaf Lies eine Vertragsunterzeichnung im Rahmen seiner Sommertour hätte einbauen können. Franke machte gestern deutlich, dass der Termin jedoch keinen Sinn mache, weil die Gremien in Petershagen und Niedernwöhren noch nicht beraten hätten.

In den Unterlagen zur Sitzung des Fachausschusses und auch des Rehburg-Loccumer Stadtrates liest sich das jedoch anders, dort heißt es: „Das Land hat zwischenzeitlich auf telefonische Nachfrage mitgeteilt, dass es dem vorgelegten Entwurf vollinhaltlich zustimmt. Geplant ist, die Unterzeichnung der Vereinbarung voraussichtlich in der 33. KW.

Sollte nicht in allen Kommunen bis dahin die abschließende Ratsentscheidung vorliegen, würde die Vereinbarung ggf. unter einen entsprechenden Vorbehalt gestellt.“ Auf dieser Grundlage hatte der Stadtrat seine Entscheidung gefällt.

Die Bürgerinitiativen „Umweltgruppe Wiedensahl“ und „Stoppt den Giftmüll! – Wir wehren uns“ aus Petershagen hatten sich ans Umweltministerium mit einem Fragenkatalog gewandt. Die Fragen zielen ab auf Laufzeiten möglicher Vereinbarungen, den Rückabwicklungsanspruch beziehungsweise die Sanierung der Deponie, die Rechtsgrundlage der Sicherung und einer Machbarkeitsstudie für eine komplette Sanierung (Beseitigung). An Antworten dazu werde derzeit gearbeitet, hieß es aus dem Ministerium.

### Antworten vom Minister

Aus dem Ministerium sei den Bürgerinitiativen nicht nur die Beantwortung der Fragen zugesagt worden, sondern es habe auch Signale

gegeben, so Meinhard Behrens für die „Umweltgruppe Wiedensahl“, dass es einen Gesprächstermin mit dem Umweltminister geben könne.

Dieter Hüsemann, einstiger Verwaltungschef in Rehburg-Loccum, begrüßt dieses Vorgehen. Er sehe darin Schritte, die im Sinne des einstigen Mediationsverfahrens alle Seiten vor einer Entscheidung in den Blick nähmen. „Bevor man eine 30-jährige Bindung eingeht, sollten alle gehört, alle technischen Möglichkeiten geprüft werden, und letztlich eine Abwägung dieser Punkte erfolgen.“ Schon vorab einfach zu sagen, dass etwas technisch nicht möglich sei, also das Ergebnis vorwegzunehmen, hält Hüsemann für falsch. Die Diskussion mit allen Beteiligten und auch eine sachliche Auseinandersetzung seien wichtig. Es gehe mit der SAD um eine Sache, die die nächsten Generationen beschäftigen werde, „denen wir diese 150.000 Kubikmeter Giftmüll hinterlassen“, so Hüsemann abschließend.